



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Dr. Jacqueline Reddig · Münchner Str. 8 · 85609 Aschheim

An Herrn 2. Bürgermeister Robert Ertl
und den Gemeinderat Aschheim
Saturnstraße 48
85609 Aschheim

**Fraktion der GRÜNEN im
Gemeinderat Aschheim-Dornach**
Dr. Jacqueline Reddig
Münchner Str. 8
85609 Aschheim
jacqueline.reddig@gruene-aschheim-dornach.de

Aschheim, 12. März 2023

Sehr geehrter Herr 2. Bürgermeister Ertl,
sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates,

die GRÜNEN-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen,

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Aschheim schließt sich der bundesweiten Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden durch angemessene Geschwindigkeiten“ an.

Begründung:

Die Initiative "Lebenswerte Städte und Gemeinden durch angemessene Geschwindigkeiten" setzt sich gegenüber dem Bund dafür ein, dass die Kommunen selbst darüber entscheiden dürfen, wann und wo welche Geschwindigkeiten angeordnet werden.

Uns ist es wichtig, dass die Gemeinde Aschheim die Möglichkeit erhält, im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung auch auf den innerörtlichen Hauptstraßen flexibel und ortsbezogen zum Beispiel Tempo 30 km/h anordnen zu können.

Die Gemeinde könnte mit einer solchen Maßnahme aktiv dazu beitragen, dass sich der motorisierte Durchgangsverkehr aus den Ortsmitten von Aschheim und Dornach auf die vorhandenen Umgehungsstraßen verlagert. Die innerörtlichen Hauptstraßen würden für den Radverkehr attraktiver werden. Ein Tempolimit würde einen Beitrag für die Mobilitäts- und Verkehrswende sowie auch die Sicherheit leisten.

Die Lebens- und Aufenthaltsqualität in unserer Gemeinde ließe sich damit steigern. Der öffentliche Raum würde aufgewertet, was auch der Gastronomie und dem Einzelhandel zugute käme.



Agora Verkehrswende, eine unabhängige Organisation, die die Initiative wissenschaftlich begleitet, beschreibt die Zielsetzung so:

„Die Kommunen der Initiative wollen ohne hohen Verwaltungsaufwand eine angemessene Höchstgeschwindigkeit dort anordnen können, wo und wann sie es für sinnvoll erachten. Die Gründe sind vielfältiger, als es die engen Bundesvorgaben nahelegen. So entwertet der Straßenlärm vielerorts Immobilien; hohe Geschwindigkeiten mindern die Aufenthaltsqualität in Einkaufsstraßen. Es würde im besten Sinne dem Subsidiaritätsprinzip entsprechen – also dem Grundsatz, dass untere Ebenen so weit wie möglich staatliche Aufgaben selbst wahrnehmen –, wenn die Bundesregierung den Kommunen auch bei der Setzung von Höchstgeschwindigkeiten mehr Handlungsfreiheit gewährt.“

<https://www.agora-verkehrswende.de/blog/stvo-reformieren-heisst-steuergeld-sparen-und-buerokratie-abbauen/>

In der Initiative engagieren sich bereits fast 500 Städte, Gemeinden und Landkreise u.a auch Garching, Feldkirchen und Pliening. Je mehr Kommunen mitmachen, desto stärker wird der Druck, den Gemeinden das Recht einzuräumen, selbst darüber zu entscheiden, wie sehr der Verkehr ihre Bürger belasten darf.

Die Aufnahme in die Initiative ist mit keinerlei Kosten verbunden. Der "Beitritt" erfolgt nach Zustimmung des Gemeinderates durch eine formlose Erklärung des Bürgermeisters.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Jacqueline Reddig
Schriftführerin Fraktion
Bündnis 90/Die GRÜNEN OV Aschheim-Dornach

Weitere Informationen findet man auf folgender Internetseite:

https://www.lebenswerte-staedte.de/images/pdf/Positionspapier_Staedteinitiative_Tempo30_050721_oU.pdf